

presse

Für die Bildungsintegration von Flüchtlingen ist ein Gesamtplan nötig

Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung

Das hohe Aufkommen gerade junger Flüchtlinge in Deutschland erfordert einen raschen Ausbau von Bildungsangeboten, fordert die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) heute. Damit Bund, Länder und Kommunen effektiv zusammenwirken können, muss endlich ein Gesamtplan entwickelt werden, der eine inhaltliche, organisatorische und finanzielle Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen ermöglicht.

„Debatten über absolute Zahlen von Asylsuchenden lassen zu oft in den Hintergrund rücken, dass es sich vor allen Dingen um viele junge Menschen handelt, die nicht nur Nahrung, Kleidung und eine Unterkunft brauchen, sondern auch Zugänge zum Bildungswesen. Schätzungen zu Folge sind fast die Hälfte der Flüchtlinge bis zu 25 Jahren alt. Die GEW rechnet in den nächsten zwölf Monaten bundesweit mit rund 300.000 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern und im Kitabereich mit 100.000 geflüchteten Kindern. Dies bedeutet eine große Chance, aber auch eine immense Herausforderung für das deutsche Bildungssystem, von der Kindertagesstätte über die Schule und das berufliche Bildungswesen bis zu den Hochschulen und der Erwachsenenbildung.

Die Bundesländer und im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch die Kommunen leisten hier schon jetzt gewaltige Anstrengungen und verstärken insbesondere den Schulbereich durch zusätzliche Lehrkräfte und spezielle Schulangebote. Gleichzeitig werden auch die Kapazitäten in den Kindertagesstätten und beruflichen Bildungseinrichtungen ausgebaut. Der Bund flankiert diese Anstrengungen aktuell mit ersten gezielten Programmen, bei denen aber auch klar ist, dass diese nur einen ersten Beitrag zu der milliardenschweren Aufgabe

der kurzfristigen Bildungsversorgung und der dauerhaften Bildungsintegration sein können.

Um diese gesamtstaatliche Aufgabe angemessen zu bewältigen, bedarf es einer besonders engen Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen auch in der Bildungsförderung, die derzeit noch durch das Kooperationsverbot behindert wird. Wir appellieren deshalb noch einmal an alle Beteiligten, im Interesse der Betroffenen und zur Unterstützung von Ländern und Kommunen in die Erarbeitung eines solchen notwendigen Gesamtplans für die Bildungsintegration einzutreten und das Kooperationsverbot auch für den Bereich der Schulen endlich aufzuheben. Besondere Aufgaben verlangen schließlich auch besondere Anstrengungen. Nur so schaffen wir es.“